

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abnahme in der Reichsdruckerei und den Kustageläden 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Vorbestellung gebüh. Einzelnummern 10 Pf. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pf. pro Woche. Einzelnummern 5 Pf. In den Kustageläden und Buchhandlungen zu haben. In den Buchhandlungen und Kustageläden zu haben. In den Buchhandlungen und Kustageläden zu haben.

Wagelgenpreis: die 8-spaltige Normgröße 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Rpf., die 3-spaltige Reklamgröße im letzten Teil 1 Rpf. mehr. Nachweisungsgebühr 20 Rpf. pro Seite. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. In den Buchhandlungen und Kustageläden zu haben. In den Buchhandlungen und Kustageläden zu haben.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostgen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 268. — 87. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Freitag, den 16. November 1928.

Heiße Marineschlacht im Reichstage.

Gegen und für Panzerkreuzer A. Erregte Reichstagsdebatte.

Berlin, 15. November.

Schiffahrt ist notwendig — darüber besteht kein Zweifel. Wenn es gilt, Handel und Industrie auszudehnen, wenn die Rohstoffe einer Nation ihre Güter über das Meer bringen und gegen die anderer Völker austauschen wollen, kann sich kein Streit erheben. Wesentlich verschieden wird die Sache erst, wenn es sich um die Schaffung einer Wehrmacht zur See handelt, wenn größere oder kleinere sogenannte schwimmende Festungen gebaut werden sollen. In diesen Fällen haben in demokratischen Staaten die Parlamente das Für und Wider zu erwägen. So ist es zum Ringen um den geplanten Panzerkreuzer A gekommen, der zurzeit im Reichstag die Gemüter hart auseinanderprallen läßt. Tagelang schon vor der heutigen offenen Schlacht geben die strategischen Überlegungen zwischen den Parteien mit mehr oder minder verheißerlicher Absicht vor sich. Eine besondere Verschärfung der Lage ergab sich, als die vom Zentrum gewünschte Stimmenthaltung des sozialdemokratischen Reichstanzlers von seiner Partei abgelehnt wurde. Denn auf der anderen Seite ist in dem gleichen Kabinett der Reichswehrminister Brüderer, der sich mit seiner ganzen Kraft für den Bau des Kreuzers einsetzt und in der Meinung des Reichspräsidenten eine nicht unwesentliche Stütze haben soll. Es würde sich also bei einer Ablehnung des Baues nach dem sozialdemokratischen Antrag die mindestens eigentümliche Situation ergeben, daß die Minister der gleichen Reichsregierung, die auf einem Koalitionsverhältnis aufgebaut ist, gegeneinander stimmen. Das man aus einem solchen Verhältnis auf eine offene oder versteckte Regierungskrise schließen möchte, ist bezeichnend, zumal von der linken Seite her auch ziemlich deutlich mit einer Reichstagsauflösung gedroht wird. Die Entstehungsgeschichte der ganzen Affäre ist bekannt: der vorige Reichstag hat den Panzerkreuzer bewilligt und das inzwischen unter sozialdemokratischer Suprematie neu gebildete Kabinett mußte sich, den ihm gewordenen Auftrag auszuführen und die Schiffseinheit durch Bewilligung der ersten Rate in Angriff zu nehmen. Jetzt ist die sozialdemokratische Fraktion mit dem Antrag hervorgetreten, die Weiterarbeit vorläufig einzustellen und die verlangte Bauseinstellung der Entscheidung des Reichstages vorzulegen.

In der Sitzung von Mittwoch begann die rednerische Auseinandersetzung, die von dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden, dem Abgeordneten Weis, mit einer längeren Rede eröffnet wurde. Das ging selbstverständlich sowohl bei ihm wie bei den anderen Abgeordneten nicht ohne heftigere Temperamentsausbrüche vor sich. Mehrere Male wurde es dem Reichstag laut im hohen Hause, daß die Ausführungen des Abgeordneten Weis nicht mehr verständlich waren. Zurut und Gegenrufe schwirren umher. Bald erhoben sich Kommunisten gegen den ihnen verhassten sozialdemokratischen Wortführer, bald wurden seine lebhaften Ausführungen von rechts durch Gelächter oder mehr oder minder wichtige Bemerkungen unterbrochen. Präsident Ebbé kam fast nicht aus dem Gewand der Klugheit heraus, verteilte Ordnungsrufe und machte mehrfach zurechtweisende Abgebendete auf die weiteren Konsequenzen aufmerksam.

Ein von den Demokraten nach der Rede von Weis eingebrachter Vermittlungsantrag und daran knüpfende kommunistische Forderungen riefen den Reichstagsrat auf den Plan, der die verlangten Einsichten in eine Denkschrift, die dem Kabinett vom Wehrministerium zugefickt wurde, verweigerte, soweit sie sich mit der Landesverteidigung beschäftigen. Solche Dinge eignen sich nicht zur Weitergabe und kurzerhand wurden die kommunistischen Wünsche nach dieser Richtung abgelehnt. Dann begann der Abgeordnete Hedert von den Kommunisten die Begründung der Anträge seiner Partei, wobei er nicht nur mit harten Worten und Angriffen sondern auch gegen die Reichsregierung, die Regierung wie die sozialdemokratischen Halbbrüder Partei. Am Freitag geht die Debatte weiter und soll bis zur Abstimmung fortgeführt werden.

Sitzungsbericht.

OB. Berlin, 15. November.

(14. Sitzung.) Auf der Tagesordnung stehen die Anträge, die sich mit dem Bau des Panzerkreuzers A beschäftigen. Es handelt sich um eine kommunistische Interpellation, um einen kommunistischen Antrag auf Zurückziehung der ersten Rate und um einen sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A. Damit verbunden wird ein Antrag des Reichstagsrats auf Zurückziehung eines umfassenden Marinebauprogramms und vorläufige Einstellung des Baues des Panzerkreuzers, ferner ein deutschnationaler Antrag, die Reichsregierung möge alle ihr durch das Versailles Diktat auferlegten Rüstungsmöglichkeiten ausnützen; weiter ein kommunistischer Antrag, die vom Reichswehrminister dem Kabinett vorgelegte Denkschrift über den Panzerkreuzerbau und die im Antrag der Nationalsozialisten, die 2 1/2 Milliarden Jahresrate zur Stärkung der deutschen Wehrmacht, insbesondere die seitigen Panzerkreuzer zu verwenden.

Abg. Weis (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers. Das ist die Meinung des Reichstages, so meint der Redner, habe sich am 20. Mai für die Ablehnung des Panzerkreuzerbauens entschieden. Diese Entscheidung werde auch nicht berichtigt durch den späteren Reichstagsbeschluss über die Wehrmacht. Wenn der Reichstagsminister der Entscheidung des Reichstages vorzuziehen habe, so habe dieser Fall ohne Beispiel da. Der Reichstag, den Reichstag vor eine vollendete Tatsache zu stellen, ist ein Verstoß gegen die Verfassung. Der Bau des Panzerkreuzers verstoße sowohl

gegen die Gebote der Zweckmäßigkeit als auch gegen die der Sparsamkeit. Wahrscheinlich würden die neuen Panzerschiffe insgesamt 500 Millionen Mark verschlingen. (Lebhafte Zurufe rechts; Abg. Gäßbels (Nat.-Soz.) wird zweimal zur Ordnung gerufen.) Im modernen Seetage nur Schiffe selbst für die Schlachtschiffe sein. Die Sozialdemokratische Partei sei von ganzem Herzen bestrebt, die allgemeine Wehrpflicht herbeizuführen. Gerade in solchem Zeitpunkt sei der Bau eines Panzerkreuzers nutzlos, solange unzählige Menschen kein eigenes Bett besäßen; solange die Tuberkulose so erschreckend vorhanden sei, müsse jede Verbesserung des Panzerkreuzerbauens unterbleiben. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei den Kommunisten.)



Sozialdemokrat Weis, der gegen den Panzerkreuzer sprach.

Präsident Ebbé teilte darauf einen von den Demokraten eingebrachten Antrag mit, der die Reichsregierung ersucht, ein in sich geschlossenes, militärisch begründetes Erprobungsprogramm für die überflüssigen Schiffe der Reichsmarine aufzustellen, das eine Übersicht über die Bedeutung und Forderung für die Landesverteidigung in ihrer finanziellen Tragweite ermöglicht, und dieses Programm vor der Beschlußfassung über die zweite Rate des Panzerkreuzers dem Reichstag vorzulegen. Präsident Ebbé teilt weiter mit, daß die Kommunisten sofortige Abstimmung über ihren Antrag auf Vorlegung der für das Kabinett hergestellten Denkschrift fordern. Reichstagskanzler Müller stellt zu diesem Antrag fest, es sei nicht richtig, daß in dieser

Denkschrift des Reichswehrministers irgendwelche Angaben vorhanden seien über die Vergütung von Vorkriegs- und in der Höhe von 32 Millionen Mark. Im übrigen enthalte diese Denkschrift Ausführungen über die Landesverteidigung, die im Reichskabinett gemacht worden sind und ihrer ganzen Sachlage nach sich nicht zur Weitergabe eignen. — Der kommunistische Antrag wurde gegen die Antragsteller und die Nationalsozialisten abgelehnt. Abg. Hedert (Komm.) begründet darauf die kommunistische Interpellation. Der Redner bezeichnet den Panzerkreuzer als ernsthaftes Kriegsinstrument. In allen Ländern seien die Kriegsvorbereitungen gegen Rußland im Gange, denen sich auch Deutschland anschließe.

Eine Erklärung des Reichstanzlers.

Reichstanzler Müller gab in Beantwortung der Interpellation namens der Reichsregierung eine Erklärung ab, in der es heißt, die Bewilligung der ersten Rate für den Panzerkreuzer sei durch Reichstag und Reichsrat bereits mit der Verabschiedung des Haushalts für 1928 erfolgt. Beide Körperschaften hätten sich durch die Annahme des Haushalts für den Bau des Schiffes ausgesprochen. Der Reichsrat habe sich zunächst gegen den Bau des Panzerkreuzers erklärt. Nachdem aber der Reichstag dem Bau mit Mehrheit bewilligt hätte, sei der Reichsrat diesem Beschlusse beigetreten, indem er darauf verzichtet hätte, durch seinen Einspruch die Verabschiedung des Etats für 1928 zu verhindern. Die Prüfung der finanziellen Möglichkeit durch das Kabinett hat ferner ergeben, daß für den Haushalt 1928 für die erste Bau-rate keine Schwierigkeiten beständen. Danach sei die Genehmigung zur Vergütung der Lieferungen erteilt worden. Material hätte es sich für das Kabinett nur um die Entscheidung gehandelt, im Hinblick auf die kommenden Jahre habe das Reichskabinett in finanzieller Hinsicht festgestellt, daß sämtliche Erprobungen nur in der Höhe des Marine-etats von 1928 ausgeführt werden dürfen. Etwas durch den Bau des Panzerkreuzers entfallende Mehrausgaben müßten durch entsprechende Einsparnisse bei weiteren Bauten ausgeglichen werden. Damit sei der vom Reichsrat angenommene Entschluß Genüge getan worden. Der Reichstanzler betonte ferner, es sei richtig, daß bereits Lieferungen für 32 Millionen vergeben seien.

Selbstverständlich könne ein Schiffstöcker nur im ganzen vergeben werden.

Ferner erklärte der Reichstanzler zur Behauptung des kommunistischen Redners, daß die Zeitwerke ein Verlobungs-schreiben dafür erhalten hätten, daß Wehrinstrumente bereits für eine ganze Serie von Schiffen fertiggestellt worden seien, daß diese Behauptung nach seinen Erfindungen falsch ist und daß sich dieses Schreiben wohl auf frühere Lieferungen beziehe. Wenn der kommunistische Redner ferner behauptet habe, daß das Schiff wegen eines Kampfes gegen Rußland gebaut werde und daß diese Politik gegen den Sinn des

Maritimen Vertrages verstoße, so müsse er betonen, daß die Reichsregierung durchaus auf dem Boden dieses Vertrages stehe. Er, der Reichstanzler, werde diese Behauptung des Redners so lange nicht ernst nehmen, bis sie ihm von dem russischen Volschakter selbst vorgetragen werde. (Seiterkeit.)

Die Gründe des Reichswehrministers.

Reichswehrminister Brüderer erklärte, er wolle die ganze Frage rein sachlich betrachten. Die Reichswehr müsse aus der Politik herausgedrängt werden. Das sei nur möglich, wenn es ihm gelinge, die Parteien von der sachlichen Berechtigung seiner Forderungen zu überzeugen. Der Minister untersuchte zunächst die Frage, ob Deutschland eine Marine nötig habe. Er bejahte diese Frage aus voller Überzeugung, wie sie auch von dem überwiegenden Teile des deutschen Volkes bejaht werde. Die freie Offizier sei eine der Aufgaben der deutschen Marine. Das würde aber noch nicht dazu berechtigen, das Landheer auch nur um eine Kanone zu verkleinern. Infolgedessen bedeute die Marine einen unerlässlichen Kräftezuwachs. Auch die kleinste Flotte sei die beste Art des Küstenschutzes.

Wie viel leichter sei es, infolge der neuen Kriegsmethoden den Kampf aus der Luft gegen Land und Landheer als gegen einzelne schwimmende Schiffe zu führen. Die Marine dürfe in Zukunft berufen sein, wieder eine erhebliche Rolle zu spielen. Sie sei eine starke Entlastung des Heeres. Deutschlands geographische Lage lasse es zu, daß die Marine zur Aufrechterhaltung der Neutralität eine wichtige Rolle spielen könnte. Besondere Bedeutung könnte sie auch haben, um eine unbehinderte Handelschiffahrt zu sichern.

Der Minister wies darauf hin, daß der Außenminister den Gedanken völlig ablehne, als ob der Bau des Panzerkreuzers eine Belastung der deutschen Außenpolitik darstelle. Wenn die Marine aber Lebensberechtigung habe, dann müsse man ihr auch die Lebensmöglichkeit geben und sie mindestens in dem wirklich recht bescheidenen Rahmen des Versailles Vertrages erhalten werden. Dazu gehöre in erster Linie der Ersatz veralteter Material. Auch der vorzügliche Schiffbau verfallende der Altersschwäche. Unsere ältesten Schiffe seien bereits über 20 Jahre im Dienst, während unsere Vertragsgegner und eine Höchstzahl von 20 Jahren jubilierten. Der Minister erklärte weiter, daß er die deutschen Kommunisten in der Rüstungsfrage als nicht schlecht beraten anerkennen müsse. Der Minister erwähnt dann,

welche Anforderung an ein solches Panzerschiff zu stellen seien.

Von großen Seeschiffen im wirklichen Sinne werde in Zukunft nicht mehr die Rede sein. Die Flotte würde sich in mehr oder weniger große Verbände auflösen und man werde sich vor allem gegen Überraschungen zu sichern suchen. Die jetzigen Einheitschiffe Deutschlands seien für die Zusammenarbeit mit den Kreuzern zu langsam, ihre Konstruktion sei überholt. Der neue Typ erfülle alle an ihn gestellten Forderungen. Er sei auf hohe Dauerschwindigkeit konstruiert und befähigt, mit den Kreuzern taktisch zusammenzuarbeiten sowie einem überlegenen Gegner rechtzeitig auszuweichen.

Seine Kampfkraft sei den 10 000-Tonnen-Kreuzern weit überlegen und er sei auch als Großkampfschiff ein gefährlicher Gegner. Die Geschäfte überträte an Reichweite die alten deutschen Einheitschiffe um 12 Kilometer. Sie seien in der Lage, in der Minute das Dreifache der Geschosse zu verfeuern. Die Gefahr der deutschen Seetransporte sei verringert, wenn sie von den schnellen deutschen Panzerkreuzern begleitet würden. Die U-Boot-Abwehr hätte sich im letzten Stadium des Weltkrieges den U-Booten schließlich überlegen gezeigt. Durch Anwendung aller modernen Errungenschaften der Technik und durch den älteren Arbeitswillen sei es möglich gewesen, etwas Verbraucheres auch unter den Beschränkungen des Versailles Vertrages zu erreichen. Der Bau komme der Bevölkerung in den Seefächern zu gute. 56 Millionen von den 20 Millionen würden als Lohn verwendet werden. Die Ablehnung des Baues würde mindestens 1500 Mann auf die Straße werfen. Das erste Panzerschiff sei den Deutschen Werften in Kiel übertragen worden. Durch Ablehnung würden die Generalkosten der Werft sich steigern und die Werft aus dem Wettbewerb für den Bau von Kriegsschiffen ausscheiden und das Reich mit hohen Zuschüssen belasten.

Jum Schluß betonte der Minister den Wert des Panzerkreuzers für die Gefechtsmoral von Offizieren und Mannschaften.

Es sei ein Gebot der Landesverteidigung, für den Erprobung einzutreten.

Der Minister bat nochmals, ersucht zu prüfen, ob die Sozialdemokraten durch ihr Votum die deutsche Marine verkleinern lassen wollen. Ich erkläre, so schloß der Minister, daß ich bei meiner Stellung als Reichswehrminister die Einstellung des Panzerkreuzerbauens nicht verantworten könnte.

Die Nationalsozialisten haben inzwischen einen Antrag eingebracht, die durch die eventuelle Annahme des sozialdemokratischen Antrages freiwerdenden Mittel für den Gas- und Luftschutz zu verwenden. Abg. Trebranau (Dn.) gab zunächst einen Rückblick über die Entwicklung der Geschäfte, die zu dem Antrag der Sozialdemokraten geführt haben, und über die Auseinandersetzungen in den letzten Monaten, die zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten stattgefunden hätten. Der Panzerkreuzer sei der erste Prüffstein für den Wert der Agitationsmethoden der linken. Die Deutschnationalen würden den Zeitpunkt wählen, an dem sie dem Volke Gelegenheiten geben würden, über die Doppelzüngigkeit der Sozialdemokraten zu Gericht zu sitzen.

Reichstanzler Müller trat dem Abgeordneten Trebranau entgegen und ging auf dessen Vorwürfe im einzelnen ein. Er wandte sich besonders gegen die Ausführungen über die Doppelzüngigkeit und lehnte es ab, den Deutschnationalen irgendeine Berechtigung zur Kritik zuzuerkennen.